

Wohnungslosigkeit | 21.12.2017 | Lesezeit 3 Min.

Obdachlose: Die wahren Armen

Immer mehr Menschen wollen in Städten leben, deshalb explodieren vielerorts die Mieten. Die unschönste Folge dieser Entwicklung ist die Zunahme der Obdachlosigkeit.

Armut ist ein umstrittener Begriff. Die in der EU gebräuchliche Definition stellt auf die Relation zum mittleren Einkommen ab: Wer weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens verdient, gilt als armutsgefährdet - und das traf in Deutschland zuletzt auf 16,5 Prozent der Menschen zu. Doch ist hierzulande wirklich schon arm, wer als Single im Monat 1.064 Euro netto zur Verfügung hat? Dass es in Deutschland auch wahrhaft arme Menschen gibt, bleibt in Städten wie Hamburg und Berlin niemandem verborgen: Es sind jene, die nicht einmal ein eigenes Dach über dem Kopf haben. Und laut Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAGW) werden es immer mehr (Grafik): **Nach Schätzung der BAGW hatten in Deutschland 2016 rund 422.000 Menschen weder einen Mietvertrag noch Wohneigentum - 166.000 mehr als im Jahr 2006.**

Wohnungslose in Deutschland

858.000

So viele Wohnungslose zählte Deutschland 2016 insgesamt – darunter **436.000** anerkannte Flüchtlinge.



52.000

So viele Menschen lebten 2016 Schätzungen zufolge obdachlos auf der Straße, etwa 13.000 mehr als zwei Jahre zuvor.



50%

So hoch ist der – maximale – Anteil der zugewanderten EU-Bürger an den Obdachlosen in den Städten.



1.200.000

So viele Menschen könnten 2018 ohne eigene Wohnung dastehen.

Wohnungslose: ohne Mietvertrag oder Wohneigentum, einschließlich vorübergehend bei Bekannten, in Unterkünften oder Heimen Lebender; Obdachlose: Wohnungslose ohne Unterkunft

Quelle: Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe
© 2017 IW Medien / iwd

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Noch nicht eingerechnet sind hier jene 436.000 anerkannten Flüchtlinge, die keine Wohnung finden und deshalb weiterhin in Asylbewerberunterkünften geduldet werden. Insgesamt leben in Deutschland derzeit also knapp 860.000 wohnungslose Menschen – viele von ihnen sind allerdings bei Freunden oder in Heimen untergekommen.

Die Zahl der Wohnungslosen in Deutschland ist binnen zehn Jahren um 65 Prozent gestiegen.

Die Zahl derer, die „Platte machen“, wie es im Jargon heißt, die also unter Brücken schlafen oder in Parks campieren, veranschlagt die BAGW auf etwa 52.000 – binnen zwei Jahren eine Zunahme um 33 Prozent. Bis zu 50 Prozent dieser Obdachlosen sind aus anderen EU-Ländern zugewandert (siehe Kasten unten). Der Anteil der EU-Bürger an allen Wohnungslosen ohne Flüchtlinge liegt indes nur bei 12 Prozent.

Wohnungslose gibt es vor allem in Städten

Das Problem der zunehmenden Wohnungslosigkeit konzentriert sich vor allem auf die Städte, wie die jährlichen Stichtagserhebungen dokumentieren, die Nordrhein-Westfalen als einziges Bundesland regelmäßig durchführt: **Während in ländlichen Regionen oft weniger als zehn Wohnungslose auf 10.000 Einwohner kommen, sind es in Düsseldorf 39, in Köln 46 - und in Bielefeld sogar 51.** In der ostwestfälischen Stadt mit ihren 330.000 Einwohnern hat sich die Zahl der Wohnungslosen innerhalb von zwei Jahren sage und schreibe verdoppelt. Im ebenfalls ostwestfälischen Kreis Höxter dagegen, dem anderen Extrem, gab es 2016 sogar weniger Menschen ohne festen Wohnsitz als 2014, nämlich insgesamt gerade noch 11. Dass die Städte bundesweit überdurchschnittlich von Wohnungs- und Obdachlosigkeit betroffen sind, hat Gründe: den starken Zuzug aus dem In- wie Ausland einerseits und das mit der Nachfrage nicht Schritt haltende Angebot an Wohnraum andererseits. Die Folgen sind Wohnungsknappheit und eine Explosion der Mieten.

Wohnungspolitik: Wie sich die zunehmende Obdachlosigkeit eindämmen lässt

Für Menschen mit geringen Einkommen wird es deshalb immer schwieriger, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Zudem sind Mietschulden laut einer Befragung von Trägern der Obdachlosenhilfe in Bayern neben persönlichen Problemen und Arbeitslosigkeit die häufigste Ursache für Obdachlosigkeit – und das Risiko dafür

steigt in Gegenden mit besonders hohen Mieten. Wie dem am besten beizukommen ist, darüber sind die Experten uneins. Besonders laut ist der Ruf nach einer Wiederbelebung des sozialen Wohnungsbaus. Vorteile hätte aber aus Sicht des Instituts der deutschen Wirtschaft, wirklich Bedürftige via Wohngeld zu unterstützen, weil sich so das Problem der Fehlbelegung von Sozialwohnungen umgehen lässt. Zugang zu Wohnungen kann der Staat Obdachlosen dadurch verschaffen, dass er Belegungsrechte für bestehende Wohnungen erwirbt – und den Vermietern dafür einen Mietaufschlag zahlt. Zudem müssen die Kommunen mehr Bauland ausweisen, damit wieder mehr und günstiger gebaut werden kann.

Was für Obdachlose gilt

Die Obdachlosigkeit nimmt nicht nur zu, sie verschiebt sich auch. In der Öffentlichkeit kam dieses Phänomen spätestens mit den deutlichen Worten des Bezirksbürgermeisters von Berlin Mitte an, über die bundesweit berichtet wurde: Stefan Dassel prangerte an, dass sich der Tiergarten wegen der vielen dort campierenden Obdachlosen zur rechtsfreien Zone entwickle – und immer mehr von ihnen osteuropäischer Herkunft seien. Tatsächlich ist der Anteil der EU-Bürger an den auf der Straße Lebenden viel höher als an allen anderen Wohnungslosen.

Anders als Dassel vorschlug, kann Deutschland arbeits- und wohnungslose EU-Bürger jedoch nicht einfach in ihre Heimatländer zurückschicken, schließlich herrscht in der Europäischen Union Personenfreizügigkeit. Das Problem: Anspruch auf Sozialleistungen wie Arbeitslosengeld II haben die meisten wohnungslosen Osteuropäer auch nicht.

Worauf sie allerdings – ebenso wie alle Obdachlosen mit deutschem Pass – Anspruch haben, ist die Unterbringung in einer Notunterkunft. Dies kann und muss sogar von der Polizei veranlasst werden, weil Obdachlosigkeit rein rechtlich als Beeinträchtigung der öffentlichen Sicherheit gilt, wie aus einem Rechtsgutachten für die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe hervorgeht. Gemeint ist damit allerdings nicht, dass Obdachlose eine Gefahr für andere darstellen, sondern dass sie selbst in ihrer Menschenwürde und körperlichen Unversehrtheit gefährdet sind.

Mehr dazu bei der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe unter bagw.de

Kernaussagen in Kürze:

- Im Jahr 2016 gab es in Deutschland schätzungsweise 858.000 wohnungslose Menschen - darunter 436.000 anerkannte Flüchtlinge.
- Selbst wenn man die Flüchtlinge ausklammert, ist die Zahl der Wohnungslosen binnen zehn Jahren um rund 65 Prozent gestiegen - das Problem konzentriert sich jedoch auf die Städte.
- Durch den Erwerb von Belegungsrechten für bestehende Wohnungen könnte der Staat Wohnungslosen Zugang zu einer Wohnung verschaffen. Zudem muss auch in den Städten mehr Bauland ausgewiesen werden, damit wieder mehr und günstiger gebaut werden kann.